

## Euro und Mehrwertsteuer: Mehr Chancen als Risiken.

### Wirtschaftspolitische Konsequenzen eines allfälligen Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union.

Im Rahmen der Beitrittsdiskussion der Schweiz zur Europäischen Union werden zwei Problemkreise besonders hervorgehoben und fast gebetsmühlenhaft als Hinderungsgrund für einen Beitritt genannt: Die Übernahme des Euro als Währung und die Anhebung der Mehrwertsteuer auf das minimale europäische Niveau von 15%. Nachstehend sollen die Argumente, die gegen die Übernahme von Euro und höherer Mehrwertsteuer sprechen, kritisch hinterfragt und die überwiegenden Chancen dargestellt werden.

### Die Übernahme des Euro als Chance für die Schweiz

Ob die Schweiz bei einem EU-Beitritt den Euro als Währung übernehmen müsste, kann erst im Rahmen einer Beitrittsverhandlung geklärt werden. Die Präzedenzfälle Grossbritannien, Dänemark und Schweden zeigen jedenfalls, dass die EU wichtige Anliegen auch kleinerer Staaten respektiert hat. Ob sie bereit wäre, auch der Schweiz eine Ausnahme zu gewähren kann im jetzigen Zeitpunkt weder bejaht noch verneint werden. Die Vorwegnahme einer eindeutigen Verpflichtung zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist deshalb kein Argument gegen die Aufnahme von Verhandlungen.

Viel wichtiger als diese Frage ist jedoch die Frage, ob denn der Beitritt zur WWU für unser Land nicht von Vorteil und deshalb wünschenswert wäre. Im Vordergrund stehen dabei die Währungsstabilität, die Wechselkursrisiken, das Zinsniveau und damit verbundene wirtschaftspolitische Altlasten, sowie schliesslich der Einfluss der Mitgliedschaft in der WWU auf den Finanzplatz Schweiz.

Der vorrangige Auftrag an die Europäische Zentralbank (EZB), für die Stabilität des Geldwertes besorgt zu sein, stimmt mit dem Auftrag an die Schweizerische Nationalbank (SNB) überein, ist jedoch noch etwas schärfer gefasst als in unserem Währungsstatut. Die Unabhängigkeit der EZB von der Politik ist vertraglich und statutarisch gesichert. Die EZB hat seit der Aufnahme ihrer Tätigkeit am 1. Januar 1999 bewiesen, dass sie ihren Auftrag ernst nimmt. Im Hinblick auf die Sicherung der Geldwertstabilität würde einem Eintritt der Schweiz in die WWU nichts entgegenstehen.

Bei einem Beitritt zur WWU müsste sich die SNB am Kapital der EZB beteiligen und einen Teil ihrer Währungsreserven dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) zur Verfügung halten. Die Schweiz würde ihre Autonomie in der Geld- und Währungspolitik verlieren. Im Gegenzug wäre sie an der Gestaltung der europäischen Geld- und Währungspolitik beteiligt. Das ist auch deshalb von Bedeutung, weil sich der Euro in nur sechs Jahren als zweit wichtigste Währung der Welt etabliert hat. Wirtschaftliche Daten wie Ersparnisbildung und Ertragsbilanz der Eurozone heben sich zudem vorteilhaft von den vergleichbaren Werten für den US-Dollar ab.

Unsere kommerziellen und finanziellen Verflechtungen mit dem Euroraum sind heute so bedeutend, dass grössere Schwankungen des Wechselkurses zum Euro zu unerwünschten Verwerfungen in unserer Wirtschaftsstruktur führen würden. Damit ist die Autonomie unserer Behörden in der Ausübung ihrer Währungspolitik schon heute sehr eingeschränkt. Es überrascht deshalb nicht, dass die Nationalbank der Nähe des Frankenkurses zum Euro für ihre Währungspolitik ein grosses Gewicht beimisst. Diese Politik ist für unsere Wirtschaft hilfreich. Sie hindert aber nicht daran, dass eine Wechselkursunsicherheit bestehen bleibt, die sowohl unsere Exporteure wie auch unsere Importeure zu tragen haben, sei es durch Absicherungskosten oder Übernahme der Kursrisiken, sowie durch höhere Transaktionskosten, die in ihre

Kostenstruktur einfließen. In den immer härter umkämpften internationalen Märkten sind diese Kosten für unsere Wirtschaft ein nicht zu vernachlässigender Faktor.

Mit der Übernahme des Euro würden die Zinssätze in der Schweiz um ca. 1 ½ bis 2% ansteigen. Die tieferen Zinsen des Schweizerfrankens sind zum Teil historisch bedingt, zum Teil das Resultat der Politik der Nationalbank, vor allem aber sind sie eine Folge des hohen Sparaufkommens unserer Bevölkerung. Dieser „Zinsvorteil“ – man spricht von der Zinsinsel Schweiz – soll gemäss europaskeptischen Politikern und vielen Ökonomen die Wechselkurs- und Transaktionskosten mehr als kompensieren. Die niedrigeren Zinsen sollen das Investitionsklima beflügeln und ein grösserer Kapitalstock das Wirtschaftswachstum fördern. Deshalb wird von diesen Kreisen ein Beitritt zur WWU vehement abgelehnt.

Es ist erstaunlich, wie wenig dieses Argument hinterfragt wird. Es gibt mehrere Gründe, warum die „Zinsinsel“ uns nicht nur Vorteile sondern eher mehr Nachteile bringt: Die tiefen Zinsen können zu einer falschen Kapitalallokation, zu Fehlinvestitionen (Swissair, „Zürich“, Rentenanstalt etc.) wie auch zu überhöhten Immobilienwerten führen und sie bedingen vor allem einen viel zu geringen Ertrag für die Sparer.

Tiefe Kapitalkosten sind für investitionswillige Unternehmen von Vorteil, aber eben nur dann, wenn nicht andere Gründe, wie zum Beispiel das Währungsrisiko, überwiegen. So waren trotz den sehr tiefen Zinsen die Bruttoinvestitionen der Unternehmen im Inland in den vergangenen Jahren rückläufig. Das kommt auch in der niedrigeren Kreditvergabe der Banken an die produzierende Wirtschaft zum Ausdruck. Dazu kommt, dass dank der heutzutage risikogerechteren Zinsgestaltung der Banken die Zinsinsel für mit höherem Risiko behaftete Kreditnehmer, so auch für junge Unternehmen, schon lange nicht mehr besteht.

Mangels Anlagemöglichkeiten in der produzierenden Wirtschaft drängen überschüssige Kapitalien in den Immobiliensektor. Allein in den Bankbilanzen haben die Hypothekarkredite in den drei Jahren bis 2004 um CHF 94 Mrd. auf CHF 582 Mrd. zugenommen, während sich die Kredite an inländische Unternehmen gleichzeitig um CHF 33 Mrd. verminderten. Steigende Immobilienpreise sind die Folge in einem ohnehin schon teuren Immobilienmarkt. Und damit haben wir ein Problem, das weit über die Währungspolitik hinausgeht. Wegen unserem vertrackten Mietrecht und der wirtschaftlich absurden Koppelung der Mieten an die Hypothekarzinsen überträgt sich jede Zinserhöhung auf die Mietpreise. Eine Zinserhöhung könnte jedoch aus anderen Gründen als der Übernahme des Euro nötig werden, etwa zur Dämpfung der Immobilienhausse, wie anfangs der 90er Jahre, als die Frankenzinsen um einiges höher waren, als die heutigen Eurozinsen. Wir haben auf dem Gebiet des Immobilienmarktes politischen Handlungsbedarf. Mit einer Übernahme des Euro entstünde ein heilsamer Zwang, dieses ohnehin anstehende Problem innerhalb einer vernünftigen Übergangsfrist zu lösen. Solange wir nicht fähig sind, mehr Markt für Mietwohnungen zu schaffen, eignet sich die Zinsfrage vorzüglich zum Schüren von Ängsten durch demagogische EU-Gegner.<sup>1</sup>

Den grössten Nachteil aus unserem Tiefzinzniveau erleiden indessen unsere Sparer. Zwar steht es jedem frei, seine Ersparnisse in anderen Währungen anzulegen und das geschieht denn auch in grossem Masse. Unsere Kapitalexporte betragen CHF 40 – 50 Mrd. pro Jahr und unser Auslandvermögen erreicht zurzeit netto rund CHF 580 Mrd. Davon machen Portfolio- und Direktinvestitionen in Euro allein den Wert von CHF 430 Mrd. aus, etwa doppelt soviel wie der Handel mit dem EU-Raum. Das gibt eine Grössenordnung des Währungsrisikos das Anleger tragen und das mit einem Eintritt in die WWU ebenfalls wegfallen würde.

---

<sup>1</sup> „Darum macht uns ein EU-Beitritt ärmer: 20 bis 25% mehr Miete zahlen....weil unsere Hypothekarzinsen auf EU-Niveau erhöht werden.“ Aus einem Inserat der AUNS zur Abstimmung vom 3.14. März 2001.

Die tiefen Zinsen im Inland sind vor allem ein Problem für die Zukunft unserer Altersversorgung. Die risikogerechte Anlage von gegen Fr. 600 Mrd. Pensionskassengeldern wird zunehmend schwieriger. Der Gesamtwert der an der Börse kotierten inländischen Obligationen beträgt CHF 260 Mrd. derjenige der inländischen Aktien ca. 950 Mrd. wovon über 1/3 in ausländischen Händen liegen dürfte. Da die Anlage der Pensionskassen-Gelder im Ausland nur beschränkt gestattet ist, entsteht für die Vorsorgeeinrichtungen ein eigentlicher Anlagenotstand. Mit der Übernahme des Euro würde sich für die Anlagen der Deckungskapitalien ein breiter und liquider Markt öffnen, bei gleichzeitigem Wegfall des Währungsrisikos und deutlich höheren Erträgen. Eine Zinserhöhung um ca. 2% würde zudem die Lücken im Wert der Deckungskapitalien vieler Pensionskassen um mehrere CHF 10 Mrd. verbessern!

Die gleichen Überlegungen gelten selbstverständlich auch für die Altersvorsorge der dritten Säule. Für unsere alternde Bevölkerung müsste diese Verbesserung mehr Gewicht haben, als die oft erwähnten Vorteile der Zinsinsel für die Schuldner.

Der Finanzplatz dürfte durch den Eintritt in die WWU keine Nachteile erleiden. Während Jahrzehnten war unsere Währung einer der Gründe für das Wachstum unseres Finanzplatzes. Die Anleger suchten die Sicherheit einer gesunden Währung. Diese Zeit ist vorbei. Die heutige ausländische Anlagekundschaft sucht Ertrag und Performance. Das Gewicht des Schweizerfrankens wird in den internationalen Portfolios tendenziell weiter abnehmen, wenn keine Aussicht auf eine Verbesserung der Erträge in unserer Währung besteht. Unsere Banken haben jedoch eine lange Tradition der Kapitalanlage in allen wichtigen Währungen. Das Wachstum von Finanzplätzen wie Luxemburg oder Cayman Islands zeigt zudem, dass eine eigene Währung dafür keine notwendige Voraussetzung ist.

Auf den internationalen Anleihemärkten haben Emissionen in Euro mit rund 45% Marktanteil Dollaremissionen im Jahr 2003 erstmals übertroffen. Der Anteil des Schweizerfrankens an diesem Markt beträgt nur noch ca. 2%, drei Viertel weniger als vor 12 Jahren. Viele weltweit tätige Schweizer Konzerne refinanzieren sich mittlerweile in Fremdwährungen, weil sie hierdurch das Wechselkursrisiko auf natürliche Art absichern können. (NZZ 23.01.06).

Eine wesentliche Veränderung in der Struktur unseres Bankwesens würde sich jedoch bei einem EU-Beitritt ergeben, indem die Kantonalbanken auf die Staatsgarantie verzichten müssten, die in der EU als Wettbewerbsverzerrung gilt. Ob dieser Verzicht wünschenswert oder zu bedauern wäre, dürfte vom politischen Standpunkt des Betrachters abhängen. Die Frage muss erlaubt sein: Würden wir heute noch Kantonalbanken gründen, wenn wir sie nicht hätten?

Aus den vorhergehenden Überlegungen muss der Schluss gezogen werden, dass eine Übernahme des Euro als Landeswährung zu einer massiven Risikoverminderung in unserer Volkswirtschaft führen würde, im Handel genauso wie für unsere Geldvermögen. Ein solcher Schritt würde Kräfte für mehr Wachstum freisetzen. Voraussetzung wäre, dass die nötigen Anpassungen in anderen Politikbereichen, wie dem Immobilienmarkt, die in der Tat schon lange anstehen, endlich realisiert würden.

### **Verdoppelung der Mehrwertsteuer: Was gewinnen, was verlieren wir?**

Im Falle eines EU-Beitrittes müsste die Schweiz den EU- Minimalsatz von 15% für die Mehrwertsteuer (MWST) übernehmen. Ein ermässigter Steuersatz von mindestens 5% ist in Ausnahmefällen möglich, steht aber im Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes in der EU zur Diskussion. Diese Minimalsteuer beruht nicht auf irgendeinem fiskalpolitischen Dogma, sondern soll den Handel im Binnenmarkt erleichtern. Ziel ist,

dass die Steuer nur noch im Ursprungsland erhoben und bei Überschreiten der Binnengrenzen nicht mehr, wie beim Export in Drittländer, zurückerstattet wird.

Was wären die Folgen: Die Erhöhung brächte der Bundeskasse einen massiven Einnahmewachstum von rund 18 Mrd. Franken pro Jahr. Andererseits würde sich unser Preisniveau je nach Konjunktur und Wettbewerbsintensität in einem im vornherein schwer zu bestimmenden Umfang erhöhen. Eine Feststellung drängt sich jedoch auf: Es ist doch bemerkenswert, dass unser inländisches Preisniveau trotz niedrigster Mehrwertsteuer bedeutend höher ist als in jedem EU Land.

Ein wichtiges Ziel eines EU-Beitrittes ist, den Wettbewerb im Inland auf den Stand des Binnenmarktwettbewerbes in der EU zu heben. Wenn das in der Zeitspanne einer vernünftigen Übergangsfrist gelingt, könnten die Preise trotz höherer MWSt sogar sinken. Das würde dann heissen, dass die zusätzliche MWSt nicht zu Lasten der Konsumenten, sondern zu Lasten derjenigen ginge, die heute Monopolrenten kassieren. Wie schon beim EWR dürften sich die Nutzniesser dieser Renten der Öffnung für mehr Wettbewerb widersetzen.

Der Mehrertrag – nach Abzug der Zahlungen an die EU, deren Höhe erst nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen feststände – steht zur Disposition der Politik. Entscheide über die Verwendung dieser Mittel müssten frühzeitig gefällt werden, damit die Argumente in den Beitrittsentscheid einfließen könnten. Falsch wäre, mit dem Geld die Staatsquote zu erhöhen, d.h. neuen Ausgabenbegehren stattzugeben.

Hingegen wäre eine Neuauflage der im Jahr 2004 gescheiterten Steuerreform mit den möglichen und nötigen Korrekturen durchaus denkbar. Der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung von Verheirateten und Konkubinatspaaren könnte endlich und ohne zusätzliche Belastung von Einpersonenhaushalten realisiert werden. Weit im Vordergrund müsste jedoch die Herabsetzung der AHV-Finanzierung über Lohnzuschläge stehen.<sup>2</sup> Damit würden zwei wünschenswerte Ziele erreicht: Unsere hohen Arbeitskosten würden reduziert und dadurch unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten verbessert. Noch wichtiger wäre aber, dass, im Hinblick auf die demographische Entwicklung, die Finanzierung der Altersvorsorge nicht mehr auf immer weniger Aktive konzentriert, sondern auf alle Altersgruppen verteilt würde. Das wäre eine einmalige Chance, die Finanzierung unserer ersten Säule auf eine dauerhaftere Basis zu stellen und erst noch in dem Masse problemlos, wie die Erhöhung der MWSt, wie oben erwähnt, dank dem Abbau von Monopolrenten mit tieferen Warenpreisen kompensiert würde.

## Schlussfolgerungen

Eine unvoreingenommene Analyse führt zum Schluss, dass die ins Feld geführten negativen Folgen eines EU-Beitrittes sich als ganz grosse Chancen entpuppen. Neben den direkt wirksamen, verbesserten Rahmenbedingungen, wie Wegfall des Währungsrisikos und Einflussnahme auf unser Währungsumfeld, wären die indirekten Möglichkeiten noch viel grösser. Es wird zwar immer wieder gesagt, dass wir schwierige Politikfelder wie das Mietrecht, die Altersvorsorge, d.h. Sicherung der AHV und Verbesserung der Renten aus den Pensionskassen, die Revision unseres Steuersystems auch im Alleingang realisieren könnten. Tatsache ist, dass wir grösste Mühe haben diese notwendigen Veränderungen auch nur in kleinen Schritten überhaupt voranzubringen. Im Rahmen eines grossen Projektes, wie es der EU-Beitritt darstellt, wäre dagegen eine Mobilisierung unserer Bevölkerung zu Gunsten einer Entkrampfung dieser Blockaden

---

<sup>2</sup> Diese Idee stand noch in der Vision 1999-2007 der FDP Schweiz, wurde aber 2005 fallen gelassen und unbegreiflicherweise durch „einen europaweit tiefsten MWST-Satz“ ersetzt

leichter möglich, vor allem auch, weil sie breiten Schichten unseres Volkes sichtbare Verbesserungen bringt. Unsere früheren EFTA Partner haben anlässlich ihres Beitrittes zur EU ähnliche umfangreiche Anpassungen realisiert, die vorher kaum möglich waren. An unseren mutigen Politikern liegt es, diese Chancen zu ergreifen. Wirtschaftswachstum ist nicht eine Frage von akribischen Berechnungen von Soll und Haben<sup>3</sup>, sondern entsteht dann wenn wir die Hindernisse aus dem Weg räumen, die unser Denken und Handeln blockieren.

Neue Europäische Bewegung Schweiz – **nebs**  
Politische Kommission/ Hugo Bohny  
Januar 2006

---

<sup>3</sup> Economiesuisse, dossierpolitik, 16. Januar 2006 Nummer 1: „Wie würde ein EU-Beitritt das Wirtschaftswachstum der Schweiz beeinflussen?“